

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1917

258 (22.9.1917)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 258

Samstag, den 22. September 1917

160. Jahrgang

Erpedition:
Karl-Friedrich-Str. 14
Fernsprecher Nr. 953 und 954,
Postfachkonto Karlsruhe
Nr. 3515.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 4,45 M.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 4,62 M. —
Anzeigengebühr: die 6 mal gefaltete Zeitschrift oder deren Raum 25 M. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der
als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abgabe von
zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böserer Gewalt, Streik, Sperrung,
Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung in eigenen Betrieben oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die
Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Unerlangte Druckfaden
und Manuskripte werden nicht
zurückgegeben und es wird
keinerlei Verantwortlichkeit für
welcher Vergütung übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben
Sich unterm 9. September d. J. gnädigst bewogen gefunden,
dem Eisenbahningenieur Arnold Mandelbaum in Karlsruhe
das Kriegsverdienstkreuz zu verleihen.

Seine Excellenz der Herr Erzbischof haben die Pfarrei
Sasbach, Dekanats Endingen, dem bisherigen Pfarrer
Heinrich Schrek in Mengenichwand verliehen. Derselbe
ist am 26. August d. J. kirchlich eingesetzt worden.

Die Ernennung des Dekans Hermann Wischer in
Redarzel auf die erledigte II. evang. Pfarrei Mosbach
durch die Fürstlich Leiningische Standesherrschaft ist un-
ter dem 10. September d. J. kirchenoberkeitlich bestä-
tigt worden.

Das Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und
des Auswärtigen hat unterm 6. September d. J. den
Justizsekretär Peter Bayer beim Amtsgericht Heidelberg
zum Amtsgericht Laubersbichsheim und
unterm 15. d. M. den Justizsekretär Friedrich Dieck
beim Amtsgericht Laubersbichsheim zum Amtsgericht
Heidelberg versetzt.

Dem K. K. Österreichischen Militär-Witwen- und Wai-
senfonds wurde zu dem für die Zwecke des Fonds beab-
sichtigten Vertrieb von Bildern des österreichischen Herr-
scherpaars im Großherzogtum Baden auf Grund der
Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 (Reichs-
gesetzl. S. 143) unter der Bedingung Genehmigung
erteilt, daß ein Vertrieb der Bilder von Haus zu Haus
oder durch Zusendung an Privatpersonen ohne vorherige
Bestellung nicht stattfindet.

Karlsruhe, den 17. September 1917.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

J. B.: F. L. d.

Kochler.

Bekanntmachung.

Infolge der neuen Fassung des § 8 der Verordnung
über die Verarbeitung von Obst vom 5. August 1916
erstreckt sich das Abgabeverbot für Obstkonerven nicht nur
auf solche Hersteller, deren Erzeugung im Jahre mehr
als 100 Doppelzentner beträgt, sondern auf sämtliche
gewerbsmäßige Hersteller von Obstkonerven, sowie auf
solche nichtgewerbsmäßige Hersteller, die im Jahre mehr
als 20 Doppelzentner herstellen.

Als Obstkonerven gelten: Kompottfrüchte, Dunstobst,
Obstmus, Obstmark, Belegfrüchte, kandierte Früchte, Ge-
lees, Fruchtstücke, Fruchtstirupe, Obsttraut, Dörrobst und
Marmeladen, die aus Obst oder unter Zusatz von Obst
oder Fruchtstücken hergestellt sind.

Die genannten Hersteller unterstehen daher sämtlich der
Aufsicht der Kriegsgesellschaft für Obstkonerven und
Marmeladen, Berlin SW 68, Kochstraße 6. Sie werden
hiermit aufgefordert, ihren Betrieb und ihre vorhan-
denen Vorräte bei der genannten Gesellschaft um-
gehend anzumelden.

Berlin, den 14. September 1917.

Kriegsgesellschaft für Obstkonerven und Marmeladen
m. b. H.
Hartwig.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 21. September.

* Vom Tage.

Seit Ausbruch des Krieges hat wohl keine Angelegen-
heit die englische Politik in gleich hohem Maße beschäftigt,
wie die belgische Frage. Sie wird allem Anschein
nach drüben auch heute noch als der Hauptpunkt aller
kommenden Friedensverhandlungen aufgefaßt. England
fühlt sich in seiner Existenz in seiner gesicherten Lage als
Inselmacht bedroht, solange Deutschland Belgien besetzt
hält. Daher ist seine oberste Bedingung für einen Frie-
densschluß die, daß Deutschland Belgien zu räumen habe,
und daß dieses als völlig unabhängiger Staat wiederher-
gestellt werde. Das ist die englische Auffassung. Die deut-
sche Auffassung der Frage geht von denselben Erwägun-
gen aus und ist infolgedessen der Großbritanniens ent-
gegengesetzt. Auch wir mühten uns ständig in unserer Exi-
stenz bedroht fühlen, solange die Möglichkeit oder gar

Wahrscheinlichkeit besteht, daß Belgien weiter nichts ist,
als ein englisches Vollwerk auf dem Festland, als eine
Art Brückenkopf, der England nicht nur ganz besonders
gut sichert, sondern ihm oder seinen französischen Verbün-
deten jederzeit eine Offensive unmittelbar gegen
unserer Rheinlande gestattet. Also haben wir
ein dringendes Interesse daran, daß eine Abhängig-
keit Belgiens von England unter allen Umständen
verhindert wird. Und wir könnten deshalb nicht gut dem
Grundsatze der vollen Unabhängigkeit Belgiens zu-
stimmen, wenn gerade diese sogenannte Unabhängigkeit
die belgische Regierung von neuem dazu verleiten könnte,
sich einer uns feindlichen Koalition anzuschließen. Diese
Möglichkeit muß für die Zukunft als ausgeschlossen
gelten.

Denn, wenn wir auch gerne zugeben wollen, daß in der
Tat ein von uns besetztes Belgien für England sehr un-
angenehm werden kann, so dürfen wir doch auch anderer-
seits nicht außer acht lassen, daß ein von England be-
herrschtes oder beeinflusstes Belgien jeden Tag zu einer
unmittelbaren, ersten Gefahr für uns werden
kann. Zwischen England und Belgien liegt die See, zwi-
schen Deutschland und Belgien aber befindet sich kein na-
türliches Hindernis. Gerade die Geschichte des Krieges
hat gezeigt, wie ernst wir die uns von Belgien drohende
Gefahr zu nehmen haben. Mit Recht hat deshalb seinerzeit
Reichskanzler von Bethmann Hollweg mit Bezug auf
unsern Einmarsch in Belgien erklärt: Not kennt kein Ge-
bot! Wir wußten, daß die belgische Regierung heimlich
ihre Neutralität längst aufgegeben und mit England und
Frankreich ganz bestimmte militärische Abmachungen
gegen uns getroffen hatte. Soll dieses für uns lebensge-
fährliche Spiel sich wiederholen können? Gewiß glauben
wir, daß das durch den Krieg besonders hart mitgenom-
mene Land die Lust an militärischen Abenteuern für ge-
raume Zeit verloren hat. Aber selbst dann könnte es Eng-
land oder Frankreich eines Tages einfallen, Belgien als
Aufmarschgebiet gegen uns zu benutzen und die Souve-
ranität des Landes einfach zu mißachten. Als wir im
August 1914 etwas Ähnliches taten, waren wir dazu mo-
ralisch berechtigt, da wir wußten, daß Belgien mit unse-
ren Feinden unter einer Decke steckte. England wird na-
türlich von seinem Standpunkt aus dieselben Bedenken
äußern und die Möglichkeit, Deutschland könne Belgien
als Aufmarschgebiet wählen, seinerseits als gegeben hin-
stellen. Das Mißtrauen erzeugt hier ein Dilemma, aus
dem mit einseitigen Forderungen überhaupt nicht her-
auszukommen ist. Sonach bleibt nur das Kompromiß, die
Verständigung auf einer Art Mittellinie, als Ausweg
übrig.

Wie ist nun solch ein Kompromiß zu denken? Geben
wir die Möglichkeit, daß Belgien hüben wie drüben als
militärisches Vollwerk benützt werden könnte, ein-
mal zu, dann bleiben doch noch darüber hinaus zwei
Tatsachen bestehen, an denen nicht zu rütteln ist. Die
eine Tatsache haben wir schon angedeutet; sie heißt:
unmittelbare Nachbarschaft und damit unmit-
telbare Bedrohung für uns, gegenüber einer nur
mittelbaren Bedrohung für England. Die andere Tat-
sache ist die, daß wir Belgien militärisch besetzt halten
und es mit Strömen des besten deutschen Blutes gegen
alle, auch noch so gewaltigen Angriffe siegreich verteidigt
haben. Aus der ersten Tatsache ergibt sich die Forderung,
daß wir uns unbedingt gegen die Gefahr einer akuten,
unmittelbaren Bedrohung sichern müssen. Das könnte
geschehen durch bestimmte Verträge, die Belgiens strengste
Neutralität festsetzen würden, und durch Garantien da-
für, daß sich die Dinge vom Jahre 1914 nicht wieder-
holen, daß also Belgien einer uns feindlichen Koalition
nicht wieder beitrifft. Die Neutralität Belgiens würde
in unseren Augen sicherer erscheinen, wenn die von uns
eingeführte Verwaltungstrennung zwischen Flamen und
Wallonen beibehalten würde, und wenn in Belgien die
Grundzüge freiesten Verkehrs durch Gesetz anerkannt
würden. Was die zweite Tatsache anlangt, so ist ohne
weiteres klar, daß, wenn wir Belgien räumen, England,
das ja an der belgischen Frage das meiste Interesse hat,
unserer Kolonien zu räumen hätte, wobei noch zu beach-
ten wäre, daß der Wert Belgiens ein erheblich größerer
ist, als der der deutsch-afrikanischen Kolonien. Auf der
Grundlage dieser Bedingungen (strengste Neutralität
Belgiens und Garantien dafür, freier Verkehr und Rück-

gabe unserer Kolonien) ließe sich wohl ein Frieden schlie-
ßen, der Belgien als selbständigen Staat wieder her-
stellte. Über die Wiedergutmachung der durch den Krieg
angerichteten Schäden würde man sich mit uns gleich-
falls einigen können.

Über unsere Stellungnahme zu diesen Dingen, die in
ihrer Gesamtheit die belgische Frage bilden, hat Eng-
land insgeheim Erkundigungen einziehen lassen. Die
Antwort der deutschen Regierung auf die Friedensnote
des Papstes wird ja weiter Gelegenheit bieten zu einer
unverbindlichen Aussprache über die belgische, wie über
die mannigfachen anderen Fragen, die die wichtigsten
Beratungsgegenstände bei etwaigen Friedensverhand-
lungen darstellen werden. Einstweilen läßt England
nochmals die Waffen sprechen. Wir sind der festen Zu-
versicht, daß auch dieser neue Versuch, unsere Flandern-
stellung zu erschüttern, ebenso scheitern wird, wie eine
etwaige neue Offensive Cardonas im Süden. Das Miß-
lingen dieser neuen Versuche wird dann vielleicht die
Geneigntheit unserer Gegner, sich mit uns über den Frie-
den zu unterhalten, so weit stärken, daß wir aus dem
Dunkel der hinten herum gepflogenen, unverbindlichen
Besprechungen, Anfragen und Sondierungen hinaus-
treten in das helle Licht offener, amtlicher Unterhandlun-
gen. Vielleicht! Das heißt, wenn unsere Feinde endlich
die Anpflogigkeit ihrer Anstrengungen eingesehen haben.

Unser Kaiser im Kampf um den Weltfrieden.

Die „Deutschen Kriegsnachrichten“ schreiben:

Die Aussagen des ehemaligen russischen Kriegsministers
Suchomlinow und seines früheren Generalstabschefs Za-
nuschewitsch haben vor Europa wieder die Gestalt des
deutschen Friedenskaisers ausgerichtet, die der Nebel feind-
licher Lügen vergeblich zu verdunkeln suchte. Sein Ideal
als Monarch ist in diesem Wille ausgeprägt, denn in den
26 glücklichen Jahren seiner Regierung war dies sein Ziel:
das Beispiel eines Herrschers zu geben, dem es gelang,
ohne die Mannhaftigkeit seines Volkes zu vernachlässigen,
eine im mächtigen wirtschaftlichen Aufschwung begriffene
Nation durch eine Welt voll schwerer Probleme friedlich
zu führen. Diesen Sinn hatte die Verheißung der „herr-
lichen Tage“, von denen er zu Anfang seiner Regierung ge-
sprochen. Nun bestätigt es ihm das Zeugnis der beiden
russischen Offiziere, aus intimster politischer, ja aus mehr
als politischer, aus einer unmittelbar militärischen Kennt-
nis der den Ausbruch des Weltkrieges begleitenden Vor-
gänge stammend, daß auch in dieser Schicksalsstunde Euro-
pas er es war, der mit allen Mitteln den Weltfrieden zu
erhalten versuchte.

Es ist fast tragisch, daß die beiden Generale in dieser
Weise gegen den eigenen Herrscher und für den feindlichen
Monarchen zeugen mußten. Zwei historische Persönlichkei-
ten sehen wir in diesen Zeugnissen festgehalten, und zu-
gleich zwei menschliche Charaktere: dort den Zaren, der
einst die Haager Konferenz zur Begründung des Weltfrie-
dens zusammengerufen hatte, und der jetzt in seiner Sif-
flosigkeit nicht, wie er in seiner dritten Depeche selbst ein-
gesteht, dem Druck der Kriegspartei standzuhalten vermag,
und hier den Kaiser, der immer ein Friedensfreund u. ein
Tatmensch zugleich war, der nun mit demselben Willen,
den er stets an die Erhaltung des Friedens gesetzt hatte,
gegen das Schicksal ankämpft, das hereinzubrechen droht.
Die beiden russischen Offiziere haben mit ihren Worten,
deren politischer Tragweite sie sich wohl nicht bewußt wa-
ren, eine schwere Frage entschieden, deren Beantwortung
an die Erscheinungen der beiden Herrscher gebunden ist:
die Frage nach der Schuld am Kriege.

Für das deutsche Volk war diese Frage freilich längst
gelöst. Das deutsche Volk hat vor dem Kriege die Friedens-
liebe seines Kaisers gekannt, hat an sie geglaubt, hat ihr
vertraut. Und als der Krieg ausbrach, da nahm es ihn auf
sich in dem felsenfesten Bewußtsein, daß, wenn ein Mann
alles getan hatte, um ihn zu vermeiden, dieser eine Mann
der Deutsche Kaiser gewesen ist. Dies Bewußtsein verließ
uns die heilige Überzeugung, in dem Kriege im Rechte zu
sein, und das Symbol für diese Überzeugung wiederum
sehen wir in der Gestalt des Kaisers. So zog unser Volk
in den Krieg, und seine Einigkeit war nur ein Ausdruck
seines Rechtsbewußtseins, für das ihm der Kaiser ein
Würge war, und das es in dem Kaiser verkörpert sah.

Aber den neutralen Völkern, wenn sie noch zweifeln, wird dies Zeugnis der beiden Offiziere die Augen öffnen. Man wird dort, nach all der Mühe, die während des Krieges Tafsachen und Gestalten fälschte, wieder die verzerrte Anschauung, die man sich von dem Kaiser gebildet hatte, richtig stellen und mit seiner Sache das Recht verbunden sehen. Ja, mit der Unaufmerksamkeit, mit der die Wahrheit sich schließlich durchsetzt, mag sie auch solche unbewegliche Zwischenfälle der Weltgeschichte benutzen, wie diese Petersburger Gerichtsverhandlung, wird sie auch zu den feindlichen Völkern vordringen. Sie würden damit nur zu der Auffassung zurückkehren, die sie im Grunde immer von Wilhelm II. gehabt haben. Seine Beurteilung hat freilich merkwürdig geschwankt, namentlich in Frankreich, wo man sich am meisten mit seiner Erscheinung befaßt hat. Aber der Wechsel des Urteils hatte seinen Grund nicht in dem Kaiser, sondern lag in den wechselnden politischen Stimmungen und Strömungen, in dem eigenen politischen Bedürfnis, die Erscheinung des Kaisers in dieser oder in jener Weise zu beurteilen. Dabei war, wie viele Zeugen beweisen, die Unterströmung in der Stimmung der Völker immer vorhanden, daß an dem Friedenswillen des Kaisers nicht zu zweifeln sei. Aber als die Katastrophe hereinbrach, als der Weltkrieg entseffelt war, da hat man die alten Schlagworte wieder hervorgeholt und sich darin überboten, den deutschen Herrscher als den „Attila“ darzustellen, der aus reiner Lust an Mord und Grausamkeit die Menschheit in einem Blutmeer ertränken wolle.

Wie unwahr und lächerlich dieses groteske Zerrbild ist, das wird nirgends klarer als durch die Aussagen des Zeugen und des Angeklagten in der Petersburger Gerichtsverhandlung. Der Kampf des Kaisers um den Frieden, der in seinen Depeschen an den Zaren sich in so ergreifender Form darstellt, erhält nun erst den realen Hintergrund, den bisher die russischen offiziellen Veröffentlichungen verhüllten. Seine mannhafte und entschiedene Sprache hat ihren Eindruck auf den früheren Zaren zunächst nicht verfehlt. Als Wilhelm II. in der Nacht vom 29. zum 30. Juli dem Zaren depeßierte, daß er seine Vermittlerrolle nur durchführen könne, wenn Rußland nicht mobilisiere, da wollte der Zar seine Forderung erfüllen, aber der Einfluß seiner Diener war stärker als sein eigener. Sie kümmernten sich nicht um seine ausdrücklichen Befehle und verfügten die Mobilmachung gegen seinen Willen. „Die ganze Schwere der Entscheidung ruht jetzt auf Deinen Schultern, sie haben die Verantwortung für Krieg und Frieden zu tragen“, so hat der Kaiser in der Nacht vom 29. zum 30. Juli an den Zaren depeßiert. Der Zar aber war zu schwach, diese Last zu tragen; er wurde zum Werkzeuge in der Hand jener gewissenlosen Kriegsbeher, die sich nun selbst durch das Eingeständnis ihrer Schuld gebrandmarkt haben. Und so war es vergebens, daß der Kaiser aus seinem eigenen tiefen Verantwortungsgefühl heraus am 31. Juli telegraphierte: „Nicht ich trage die Verantwortung für das Unheil, das jetzt der ganzen zivilisierten Welt droht. Noch in diesem Augenblicke liegt es in Deiner Hand, es abzuwenden. Niemand bedroht die Ehre und die Macht Rußlands, das wohl auf den Erfolg meiner Vermittlung hätte warten können. Die mir von meinem Großvater auf dem Totenbette überkommene Freundschaft für Dich und Dein Reich ist mir immer heilig gewesen, und ich habe treu zu Rußland gestanden, wenn es in schwerer Bedrängnis war, besonders in seinem letzten Kriege. Der Friede Europas kann von Dir noch jetzt erhalten werden, wenn Rußland sich entschließt, seine militärischen Maßnahmen einzustellen, die Deutschland und Österreich-Ungarn bedrohen.“ Aber Suchomlinow und Januschewitsch hatten damals längst die Mobilmachung verfügt.

Die Psychologie der deutschen Friedensliebe und ihres kaiserlichen Vertreters ist in den Ententeländern nie verstanden worden. Man besaß dort nicht, worauf sie sich gründete: die Verantwortlichkeit. Das ist ein fremdes Gefühl für Nationen, die immer nur an den Ruhm oder an ihren Vorteil zu denken gewohnt sind. Der Kaiser stand vor dem schweren Problem, einer Nation mit wachsendem Volkstum, der das Land längst zu klein geworden war, die Entwicklung sichern zu müssen, und sie ihm durch Frieden, nicht durch Krieg sichern zu wollen. Er hat an diesem Willen bis zum letzten Augenblicke festgehalten, an dem ihm die russische Mobilmachung das Bekenntnis vor seinem Volke abrang: „Man zwingt uns das Schwert in die Hand.“ Die Wahrheit dieses Wortes ist nun durch das Bekenntnis der beiden russischen Höchstkommandierenden erwiesen, die den Zaren belogen und ihn dazu brachten, den Kaiser zu belügen. Die Verantwortungslosigkeit dieser beiden Offiziere hat den Krieg heraufbeschworen, von denen der eine damals sein Ehrenwort gab, daß Rußland nicht mobilisiert habe, und dabei den Mobilisierungsbefehl in der Tasche trug. Diese Tatsache steht so fest wie jene andere, daß damals der französische Kriegsminister, um die Verantwortung für die erste Kriegserklärung von Frankreich abzuwälzen, das Wort gesprochen hat: „Eine Stunde nach Ihnen, meine Herren Deutschen.“ Aus dem gleichen Verantwortlichkeitsgefühl, das der Kaiser bei Kriegsausbruch bewies, hat er später das Friedensangebot in die Welt gehen lassen, als ein Herrscher, wie er dies in dem bekannten Briefe an den Reichskanzler darlegte: „der ein Herz hat für seine und die feindlichen Menschen, der unerschrocken um die eventuellen absichtlichen Mißdeutungen eines Schrittes den Willen hat, die Welt von ihren Leiden zu befreien.“

Der Krieg zur See.

W.T.B. Berlin, 21. Sept. (Amtlich.) Im Atlantischen Ozean wurden durch unsere U-Boote wieder 20 000 Bruttoregister-tonnen versenkt. Unter den versenkten Schiffen befinden sich zwei große bewaffnete Dampfer, sowie ein tiefbeladener Frachtdampfer, wahrscheinlich Munitionsladung, der aus starker Sicherung herausgeschossen wurde.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Erfolge des Landboottkriegs.

Da sich der englische Lebensmitteldiktator noch immer nicht entschließen kann, eine allgemeine Rationierung der Lebensmittel einzuführen, so verjagt er erneut durch öffentliche Mahnungen das Volk zur Sparsamkeit zu bringen. Die Presse unterstützt ihn dabei. Was bei dieser Gelegenheit geschrieben wird, ist natürlich in erster Linie dazu bestimmt, das Volk aus seinen bequemeren Gewohnheiten aufzutüfteln, aber es kommen, so wird der „F. Z.“ aus Basel geschrieben, auch Tafsachen und Ansichten zutage, die einen Einblick in die wahren Zustände in England gewähren. „Daily Mail“ vom 14. d. Mts. schreibt:

„Das Unvermögen der Admiralität, die Verluste durch U-Boote zum Stillstand zu bringen, verursacht ernste Wirkungen. Es ist wahr, daß die Zahl dieser Woche eine Verminderung von 20 auf 12 versenkter großer Schiffe zeigt. Es ist aber auch wahr, daß die Deutschen, wie man weiß, ihre Angriffe auf die großen Schiffe konzentrieren, und eine Folge davon mag die sein, daß, obwohl weniger Schiffe auf Meeresgrund gesinkt werden, die gestörte Tonnage die der wirkliche vitale Faktor ist, zunehmen wird. Es muß einen Mangel an Nahrungsmitteln in den nächsten zwölf Monaten geben. Die Frage ist, wie ihm entgegengetreten werden kann.“ Die Lösung dieser Frage ist nach Ansicht der „Daily Mail“ eine doppelte: Es muß nämlich erstens die Deimalproduktion vermehrt werden, zweitens der Ausfall von Nahrungsmitteln entweder durch freiwillige Einschränkung oder durch Zwangsrationierung ausgeglichen werden. Das Blatt geht dabei ein, daß der Brotverbrauch in England nur um 5 1/2 Prozent zurückgegangen ist.

Am 15. September beschäftigt sich die „Daily Mail“ erneut mit dem gleichen Thema: „Die Notwendigkeit für Einschränkungen ist niemals größer gewesen als jetzt und wird noch dringender werden, bevor der Krieg vorüber ist. Sie wird sogar eine so ernste Sprache werden, daß, wenn wir nicht freiwillig unseren Verbrauch einschränken, die kräftigsten Maßnahmen ergriffen werden müssen. Man vergiß, daß der Lebensmittelkontrollleur im Februar die Nation bei ihrer Ehre verpflichtete, nicht mehr zu essen als 4 Pfund Brot pro Kopf und Woche, 2 1/2 Pfund Fleisch und 1/2 Pfund (jezt 1/3 Pfund) Zucker. Wir müssen sofort zu dieser Etala zurückkehren. Es mag sein, daß wir selbst noch tiefer gehen müssen. Der Mangel an Nahrungsmitteln würde nicht so ernst sein, wenn er nicht, wie er es ist, das Zeichen für einen Weltmangel wäre. Der U-Boottkrieg dauert an, und wir müssen es erreichen, daß wir über ihn die Oberhand gewinnen.“

Unsere Alliierten sind härter bedrängt als wir und erwarten von uns Erleichterungen. Wir müssen entweder sparen oder streng und scharf rationiert werden, oder aber wir setzen uns der Möglichkeit aus, den Krieg zu verlieren!“

* Die Weizenladung des gestern als versenkt gemeldeten englischen Dampfers „Hydon Hall“ würde hinreichen, um die Großherzogtümer Baden und Hessen für eine Woche mit Brotgetreide zu versehen.

Wellington (Neuseeland), 20. Sept. Neutermeldung. Der britische Dampfer „Port Kembla“ (4700 Br.-T.) ist in der Coosfwahe infolge Explosion einer Höllenmaschine gesunken. Niemand wurde verletzt. (W.B.)

Zweiter Tagesbericht vom 20. September.

W.T.B. Berlin, 20. Sept., abends. (Amtlich.) Die Schlacht in Flandern ist auf der Angriffsfront der Engländer von Langemard bis Hullebete noch im vollen Gange.

Im vordersten Teil unserer Abwehrzone wird seit dem Morgen erbittert und wechselvoll gekämpft.

Westlicher Kriegsschauplatz.

* Die neuen Kämpfe an der Westfront. In Flandern hat sich die gesteigerte Kampftätigkeit der letzten Tage zu neuen Angriffen verdichtet. Das Feuer lag den ganzen 19. September über mit außerordentlicher Bestigkeit auf den deutschen Stellungen. Dreimal, am frühen Morgen, um 11 Uhr und um 5 Uhr nachmittags, steigerte es sich zu Trommelfeuer. Dem morgendlichen Trommelfeuer in der Gegend St. Julien folgten zweimal Angriffe mehrerer Bataillone, die beide Male abgewiesen wurden. Ein in der Gegend von Langemard bereit gestellter Angriff kam im deutschen Vernichtungsfeuer nicht zur Entwicklung.

Am Nachmittag wurden starke englische Stoßtrupps, die mit einem Tank hart südlich der Straße Ipern-Menin vorgingen, durch Abwehrfeuer abgewiesen. Der Tank wurde durch Vortreffer zerstört. Am Abend sah man, daß die Feinde wieder auf der Straße Ipern-Menin mit Tanks vorgehen, die unter Feuer genommen wurden. Gleichzeitig nebelten die Engländer die deutschen Stellungen von St. Julie bis Langemard ein. Das starke Feuer hielt die ganze Nacht hindurch an. Um 5 1/2 Uhr früh steigerte es sich von Langemard bis zum Kanal Ipern-Doutrouill zum stärksten Trommelfeuer. Kurz darauf brach englische Infanterie auf breiter Front zum Angriff vor. Der Kampf ist in vollem Gange. Auch an der übrigen englischen Front steigerte sich das Feuer teilweise zu größter Stärke.

Im Artois wurde ein englischer Fesselballon heruntergeschossen. Bei St. Quentin wurden mehrfach feindliche Patrouillen abgewiesen. An der Aisnefront, nördlich von Reims und in der Champagne kam es trotz lebhafterem Feuer lediglich zu Gefechten mit starken feindlichen Patrouillen, die abgewiesen wurden. In der Gegend von Braye brachte eine deutsche Patrouille elf Gefangene ein. Auch zwischen Aisne und Vermercourt wurden Gefangene gemacht.

An der Verdunfront griffen die Franzosen wiederum trotz der am 18. September erlittenen furchtbaren Verluste mit starken Kräften längs der Höhe 344 an. Der Angriff wurde frühzeitig erkannt und unter vernichtendes Abwehrfeuer genommen. Die französischen Sturmwellen brachen überall zusammen. An keiner Stelle erreichten sie die deutschen Linien. Um 8 Uhr abends erneuerten die Franzosen den Angriff mit gleichem Mißerfolg. Beim Chaume-Bald wurde ein französischer Stoßtrupps abgewiesen. Der Luftkampf war reger. Außer dem im Heeresbericht abgezeichneten gemeldeten Flugzeugen wurde ein feindlicher Fesselballon zum Absturz gebracht.

Die belgische Frage.

* Den „Münd. Neuest. Nachr.“ wird it. W.T.B. über die belgische Frage von ihrem hiesigen Vertreter unter dem 19. September gemeldet:

„In den letzten Tagen sind über die Stellung Deutschlands zur Frage der belgischen Zukunft so viel widerprechende Behauptungen und Vermutungen verbreitet worden, daß es nützlich erscheint, diesem Wirrwarr ein in festen Strichen gezeichnetes Bild von dem bisherigen Stand der Auffassungen gegenüberzustellen. Für uns ist es eine unumstößliche Tatsache, daß wir Belgien fest in der Hand haben, und daß es den Gegnern verlagert geblieben ist trotz ungeheurer Anstrengungen und Opfer uns aus dieser Front zu vertreiben oder uns in ihr zu erschüttern. Das ist der Ausgangspunkt für jede deutsche Erwägung, mit dem Gegner über die Frage der Zukunft Belgiens zu beraten. Die Frage der belgischen Zukunft kann aber nicht isoliert betrachtet werden, ihre Lösung muß im Zusammenhang mit den ganzen Kriegs- und Friedensfragen erfolgen und entschieden werden.“

Die Gesamtgrundlage aller Fragen aber ist die, daß sowohl die deutsche Regierung als auch die deutsche Volkvertretung als Nichtschlichter anerkannt hat, daß nicht Eroberungen, sondern Verständnisse und Ausgleich für uns eine selbstverständliche Voraussetzung für Friedensverhandlungen sind und daß auch unsere Gegner ebenso rückhaltlos auf Eroberungen verzichten und Verständigung und Ausgleich suchen. Das gilt für die Gesamtheit der Fragen und das gilt im Rahmen dieser Gesamtheit auch für die belgische Frage. Wenn die Gegner gewillt sind, auf ihre territoriale und wirtschaftliche Eroberungspolitik und auf die während des Krieges gemachten Eroberungen gegenüber Deutschland und seiner Verbündeten zu verzichten, so sind auch wir dazu bereit, und was insbesondere die belgische Frage angeht, für deren Beantwortung man sich in England besonders interessiert, unter der genannten Voraussetzung zweifellos bereit, die Unabhängigkeit Belgiens wieder herzustellen, unter Sicherstellung des Daleinsrechtes der verschiedenen in Belgien wohnenden Nationen und unter Garantie für die wirkliche Neutralität Belgiens, über die noch zu reden sein wird. Weiter dient uns zur Erleichterung der Gesamtheit der Friedensfragen, wie wir seit jeher meinten, Belgien als Pfand. Es ist anzunehmen, daß der Reichskanzler am Donnerstag, den 27. September, im Reichstag über diese Frage sprechen wird.“

Die „Basler Nachr.“ erfahren von anscheinend gut unterrichteter Seite, der Kapit werde auf die deutsche Antwort hin in Berlin anfragen, ob die grundsätzliche Bereitschaft Deutschlands, auf der Grundlage der Note zu verhandeln, sich auch auf Belgien beziehe. Die Antwort werde bejahend lauten. (W.B. 34.)

In der französischen Deputiertenkammer

antwortete Ribot auf eine Anfrage, Frankreich habe keine geheime Diplomatie. Es sei bereit, die zwischen den Alliierten getroffenen Abmachungen zu veröffentlichen. Petersburg aber habe gebeten, die Veröffentlichung aufzuschieben. Wir fordern, so sagte Ribot weiter, das Recht, ohne das es weder einen dauerhaften Frieden geben wird, noch eine Gesellschaft der Nationen möglich ist. Wir fordern Elsaß-Lothringen. Wir wollen, daß diejenigen, die alle geschichtlichen Rechte verlegt haben, der Bevölkerung der vertriebenen Länder die Wiedergutmachung zusichern. Es sind auch Würgeschäften nötig. Wir werden keinen Frieden unterzeichnen, der unsere Kinder nötigt, nochmals die Waffen zu ergreifen. Wir haben die Note des Papstes nicht beantwortet, aber wir befinden uns im Einklang mit England, Italien und Rußland. Wir haben unsere Kriegsziele genannt. Auf der anderen Seite sagt man nichts. Wir haben nichts hinzuzufügen.

Renard erklärte: Soweit die Regierung sich bewähren werde, werde sie ihre günstigen Kundgebungen der Sozialisten wiederfinden. Der Präsident verlas sodann die Tagesordnung Lafront, die besagt, unter Billigung der Erklärung der Regierung und im Vertrauen auf sie hinsichtlich der weiteren energischen Durchführung des Kriegsprogramms geht die Kammer zur Tagesordnung über.

Diese von der Regierung gebilligte Tagesordnung wurde, wie bereits gemeldet, mit 378 gegen 1 Stimme angenommen und sodann die Sitzung aufgehoben.

Ybner Blätter berichten über die Kammeritzung noch folgende bemerkenswerte Einzelheiten:

Demery erklärte, man müsse Rainlebe dafür danken, daß er den Truppen eines Generalstabs gegeben habe, der ihnen Vertrauen einflößte. Die russische Unordnungsmode für Frankreich einen sofortigen Sieg unmöglich. Die französische Offensivtaktik vor Verdun hätte wahrscheinlich nicht stattgefunden, wenn der Generalstabschef gewußt hätte, welchen Ausfall das Ergebnis der diesjährigen Ernte infolge des Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitern aufweisen würde. Die jetzige Kriegsfornel lautet: Blockade. Mit Kohlen, Brot und Granaten könne man dem Feinde Widerstand leisten, auch wenn er 50 Kilometer weiter vorrücken sollte. Es sei dringend notwendig, 300 000 Mann für landwirtschaftliche Arbeiten frei zu lassen.

Der Deputierte Brunet erklärte, die päpstliche Note sei von Deutschland inspiriert gewesen.

Der Deputierte Groussans erwiderte heftig, das sei unannehmbar. Die Papstnote sei das Gegenteil der deutschen Friedensvorschlüge.

Brunet forderte, Frankreich solle dem Papst seine Friedensliebe darlegen.

Der Deputierte Boret erklärte, die Verproviantierung Frankreichs werde immer schwieriger. In diesem Jahre habe man einen Ausfall von 48 Millionen Doppelzentner Getreide, im vorigen Jahre habe man kaum 24 Mill. Doppelzentner einführen können. Wie werde es heuer angesichts des verschärften U-Bootkrieges werden?

Die Reden Rainlebes und Ribots wurden häufig unterbrochen.

Zum Schluß erklärte Renaudel: Die Sozialisten hätten nicht aus Antipathie an dem Kabinett nicht teilgenommen, es schiene, daß Rainlebe jetzt nicht sagen wolle, welches die Kriegsziele Frankreichs seien, ob man dann abwarten müsse, bis Deutschland militärisch zerschmettert sei, um die Bedingungen des Rechts bekannt zu geben, wenn man nicht einmal wisse, daß Deutschland sie annehmen werde. (Lebhafte Bewegung und Unruhe im Zentrum und auf der äußersten Rechten.) Das Kriegskomitee Rainlebes entspreche den Forderungen nicht. Renaudel verlangte Johann von Rainlebe, er solle sein Versprechen auf der letzten Geheimkunft halten. Seine Erklärungen machten nicht den Eindruck, als ob die Regierung tatkräftig sei. Die Sozialisten würden sich der Abstimmung enthalten.

Bei der Abstimmung über die Tagesordnung enthielten sich 160 bis 170 Sozialisten der Stimmentrage mit Ausnahme von Bosh und Lamandin, sowie etwa 60 radikalen Sozialisten.

Die Kohlenkrise in Frankreich. „Petit Journal“ meldet von hier: Infolge der Kohlenkrise soll die gesamte Industrie in der Umgebung von Calais, die nicht für den Kriegsbedarf arbeitet, demnächst ihren Betrieb einstellen. Hierdurch werden Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen heimatlos. Es herrscht unter diesen Umständen eine große Erregung.

Ostlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Ereignisse in Rußland.

Das neue Kabinett. „Daily Telegraph“ berichtet aus Petersburg vom Dienstag: Die Bildung eines vollständigen Kabinetts ist formell bis nach der vom Arbeiter- und Soldatenrat für Montag einberufenen Konferenz verschoben. Aber die Aussicht, daß diese Konferenz einen entscheidenden Einfluß haben wird, nimmt fortwährend ab. Der Arbeiter- und Soldatenrat steht zum großen Mißvergnügen der gemäßigten Sozialisten noch immer unter dem Einfluß der Bolschewiki.

Die Regierung hat lt. B.T.B. die Entlassungsgesuche des Ministers des Innern, Kusnetiew, und des Arbeiterministers, Sobolew, angenommen.

Die Wahlrechtsauschüsse. Entgegen dem Befehl Kerenskis, die Ausschüsse für öffentliche Wohlfahrt, die sich gelegentlich der Aufstandsbewegung Kornilows gebildet hatten, zu unterdrücken, folgte der Hauptauschuß für den nationalen Kampf gegen die gegenrevolutionären Versuche bei den Arbeitern und Soldaten eine Entschließung, worin die nützliche und vaterländische Tätigkeit dieser Ausschüsse festgesetzt wird und sie aufgefordert werden, sich nicht aufzulösen, sondern ihre Tätigkeit in enger Verbindung mit ihm fortzusetzen. (B.T.B.)

Die Kriegsmüdigkeit in Rußland. Dem Stockholmer Korrespondenten des „Allgemeinen Handelsblatts“ zufolge erklärte ein russischer Delegierter, der heute von Rußland nach Stockholm zurückgekehrt ist, das russische Volk und die russische Armee seien des Krieges mehr als müde. Er glaube deshalb, daß Rußland binnen drei oder vier Monaten den Mittelmeerraum einen Sonderfrieden vorschlagen werde. Die Lage Kerenskys seien gefährlich, nicht nur, weil sein Gesundheitszustand schlecht sei, sondern auch, weil in ganz Rußland überall der Wunsch nach Frieden aufstehe.

Autonomie der Ostprovinzen. Nach Meldungen der französischen Presse hat die russische vorläufige Regierung vorbehaltlich der Genehmigung der verfassunggebenden Versammlung die Autonomie von Estland, Livland und Kurland bewilligt. Ein Telegramm der „Köln. Ztg.“ weist darauf hin, daß ziemlich zu demselben Zeitpunkt im Hauptauschuß des deutschen Reichstags eine Entschließung angenommen wurde, den Reichsangler zu ersuchen, für Litauen und Kurland eine Vertretung der Bevölkerung in die Wege zu leiten, sobald es die militärischen Verhältnisse gestatten, und Zivilverwaltungen zu schaffen. Die deutsche Regierung sagte vor nicht so langer Zeit den Vertretern dieser besetzten Gebiete ausdrücklich zu, sie stehen ihren Vertretungen nach nationaler Entwicklung durchaus wohlwollend gegenüber und werde sie in jeder Weise fördern. Daß die Regierung ihre Versprechen einlöst, unterliegt keinem Zweifel. Ebenso wie sie zusammen mit Österreich-Ungarn Polen gegenüber ihr Versprechen hielt, wird sie jetzt, wo eine weitere Zurückdrängung Rußlands die militärische Sicherheit in Litauen und Kurland immer mehr außer Zweifel stellt, nicht zögern, diesen Ländern die erstrebte und zugelegte Möglichkeit zur Entwicklung im Rahmen der Verhältnisse zu geben. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk zeigen somit durch ihre Verhalten volles Verständnis für die berechtigten Forderungen dieser Bevölkerungsstelle und das Bestreben, sie trotz der Ungunst des gegenwärtigen Augenblicks zu erfüllen.

B.T.B. Wien, 20. Sept. (Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei Arbora in der Bukowina versuchten die Russen nach härterer Artillerievorbereitung vorzustoßen. Unser Feuer versprengte die Angriffstruppen und zwang sie zur Rückkehr ihrer Ausgangslagen.

Der Chef des Generalstabes.

B.T.B. Sofia, 20. Sept. (Nichtamtlich.) Amtlicher Bericht vom 19. Sept.: Mazedonische Front: Zwischen dem Ochrida- und Respa-See und nördlich von Bitolia zeitweilig ausgehend Trommelfeuer. Ostlich vom Deiran-See versuchten mehrere englische Kompagnien bei dem Bahnhof Khandjali vorzudringen, wurden aber durch unser Sperrfeuer zurückgetrieben. Auf der übrigen Front schwache Kampftätigkeit.

Rumänische Front: Bei Tulcea, östlich von Jaceca und bei Galah spärliches Artilleriefeuer.

Die Lage Rumäniens. Zu dem Manifest König Ferdinands an das rumänische Volk anläßlich seines Geburtstages, in dem er unter anderem auf die trostlose militärische, politische und wirtschaftliche Lage Rumäniens hinweist, äußert sich die von dem hervorragenden Mitglied des rumänischen Abgeordnetenhauses Konstantin Stere geleitete Zeitung „Dumnia“:

„König Ferdinand sagte im Manifest: Rumänien hat dieses Los nicht verdient. Auf wen fällt aber die Schuld und wer trägt die Verantwortung dafür? Wer hatte die Pflicht, die Bedürfnisse und Möglichkeiten Rumäniens zu erwägen und seine Interessen gegen Intrigen von außen wie gegen Verbündete und Verräter von innen zu verteidigen? König Ferdinand hat in seiner Erbschaft von König Karol auch ein politisches Testament geerbt. Er hätte sich danach richten sollen, dann wäre das Los Rumäniens gesichert gewesen. Weder König, Verbündete, noch Fremde hätten uns dann zu bedauern brauchen. Wir hätten Bewunderung und nicht demütigendes Mitleid erregt. Die Blüte unseres Volkes wäre dann nicht in den Karpathen geblieben, wo sie vergeblich für die Interessen von Ländern, die andere Interessen wie wir haben, geopfert worden ist.“ (B.T.B.)

Italienischer Kriegsschauplatz.

B.T.B. Wien, 20. Sept. (Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz:

Ein gegen den Monte San Gabriele ohne Feuerunterbrechung angelegter italienischer Angriff kam in unserem Feuer zum Stehen. Am Col Verico versuchte der Feind nach einer Minensprengung anzugreifen, wurde aber schon in der Vereinstellung wirksam gestoppt. Die Zahl der bei Garzano eingebrachten Gefangenen ist auf 11 Offiziere und 516 Mann gestiegen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz:

Keine Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Neue italienische Kraftanstrengung? Die Grenzsperrung in Italien wird jetzt zurückgeführt, daß man nicht bloß die Verbreitung von Nachrichten über Unruhen verhindern wollte, sondern auch zu verhindern beabsichtigt hat, daß Nachrichten über französische und englische Truppentransporte nach Italien über die Grenze kämen. — Nach Telegrammen englischer Blätter hat das italienische Oberkommando einen Armeebefehl erlassen, welcher die bevorstehende Entscheidung des Feldzuges ankündigt.

Der Krieg und die Heimat.

Zu Bundesrat gelangten zur Annahme der Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung eines zweiten Nachtragsbetrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1917, der Entwurf einer vierten Ergänzung des Besoldungsgesetzes, der Entwurf einer Bekanntmachung über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, der Entwurf einer Bekanntmachung über die Fristen des Wechsel- und Scheckrechtes für Eisen-Lotbringer und der Entwurf von Bestimmungen über die Verwendung von Reichsmitteln für Zwecke der sozialen Kriegsinvalidenfürsorge.

Die preussische Wahlrechtsvorlage. Der „Vol.-Anz.“ schreibt: Wie wir vernehmen, wird die Wahlrechtsvorlage noch im Laufe des Herbstes dem preussischen Abgeordnetenhaus zugehen. Sie bringt das gleiche Wahlrecht, wie es der Justizrat des Königs in Aussicht gestellt hat, und zwar ohne jedes Pluralrecht. Mit der Wahlrechtsvorlage wird ein Gesetzentwurf über die Wahlrechtsverteilung und über eine Reform des Herrenhauses eingebracht werden.

Gefangenen-Austausch. Wie aus Kopenhagen bekannt gegeben wird, soll eine Anzahl Kriegsgefangener aus dem deutsch-österreichischen Gefangenenlager bei Gald nach Deutschland und Österreich-Ungarn heimgeführt werden. Die betreffenden Gefangenen sind für ganzinvalid erklärt worden und dauernd für jeden Kriegsdiener untauglich. Ein österreichischer Lazarettzug wird die deutschen und österreichischen Gefangenen aus Gald abholen, an deren Stelle Ende dieses Monats eine entsprechende Anzahl neuer Gefangener aus Rußland eintrifft. Dänische Ärzte sind bereits dorthin abgereist, um in den dortigen Gefangenenlagern unter den Gefangenen die Patienten auszuwählen, die dorthin überführt werden sollen.

Spart Kohlen!

Das Kriegsamt bringt folgende Veröffentlichung: Umfassende Maßnahmen sind getroffen worden, um den Kohlenverbrauch so weit zu senken, daß für den Industriebedarf und den Hausbrand die unbedingt notwendigen Brennstoffmengen zur Verfügung bleiben. Nicht alles aber kann von der Verordnungsverwaltung der Behörden erwartet werden. Freiwillige Mitarbeit der Bevölkerung ist unerlässlich. Jeder einzelne sei sich klar, daß er durch Sparsamkeit im Kohlenverbrauch — ebenso selbstverständlich im Verbrauch der wichtigsten Kohlenenergieerzeugnisse: Gas und Elektrizität — sowohl der Gemeinschaft wie sich selbst einen großen Dienst leistet. Zahlreiche Einzelvorschläge zur Kohlenersparnis sind von amtlichen Stellen und von der Tagespresse gemacht worden. Als ein wichtiges Mittel ist die möglichst weitgehende Anwendung der durchgehenden Arbeitszeit zu bezeichnen. Unterbrechung der Arbeitszeit bedeutet Vermehrung der täglichen Heiz- und Lichtstunden. Besteht hierfür keine zwingende Notwendigkeit, so werden Kohlen hergeben. Jeder Betriebsleiter, jeder Kaufmann, Industrieller und Gewerbetreibende möge sich daher die Frage vorlegen, ob nicht auch für seinen Betrieb oder einzelne Teile die durchgehende Arbeitszeit ohne besondere Nachteile zu ermöglichen ist. Die Verkaufsgeschäfte, mit Ausnahme der Lebensmittel, können zweimäßig an 4 Tagen der Woche mit Eintritt der Dunkelheit, d. h. gegen 5 Uhr, geschlossen werden; 2 Tage genügen für alle, die nur des Abends Zeit zu Einkäufen haben. Dem Bedenken, daß an diesen zwei Tagen Verkehrsanhäufungen eintreten werden, wäre durch entsprechende Verteilung der einzelnen Wochentage auf die verschiedenen Geschäfte zu begegnen. (B.T.B.)

Die Neutralen.

Eine Sozialistenversammlung in Stockholm, an der sich 10—15 000 Personen beteiligten, nahm nach einer Rede Brantings und anderer Kandidaten für die Stockholmer Wahl eine Entschließung an, die den Rücktritt der Regierung fordert. „Stockholms Dagbladet“ bezeichnet im heutigen Leitartikel Branting als einen Waffenträger der Entente, da er in seiner Rede geäußert habe: „Wir wollen, daß die Regierung die Konsequenzen aus dem Vorfalle d. h. der Telegrammaffäre ziehe und sich zurückziehe.“ Dies kann, fügt das Blatt hinzu, nicht anders bezeichnet werden, denn als offensichtliche Forderung eines schwedischen Ministerwechsels, als direkte Folge eines ausländischen Drucks.

Weitere Nachrichten.

Zur Friedensaktion des Papstes. Wie die „Voss. Ztg.“ erfährt, hat die spanische Regierung ihre Bereitwilligkeit erklärt, sich dem Schritt des Papstes zur Abnahme des Weltfriedens in aller Form anzuschließen. — Die nunmehr dem Nuntius in München übergebene Antwort der deutschen Regierung auf die Papstnote wird lt. „Voss. Ztg.“ aller Voraussicht am Samstag veröffentlicht werden.

„Petit Parisien“ erfährt lt. „Bad. Presse“ hier: In den letzten Tagen hatten persönliche Besprechungen hoher politischer Funktionäre mit kirchlichen Würdenträgern des Vatikans stattgefunden, die sich mutmaßlich um die letzte Note des Papstes bewegten. Es sei das seit dem Jahre 1870 der erste Fall, daß zwischen Kurie und dem Königreich Italien direkte Besprechungen hoher Funktionäre stattfinden.

Ein amerikanisches Urteil über die Lage. In einer bemerkenswerten Rede betonte der amerikanische Senator Lewis in Philadelphia, daß die bedeutendsten militärischen Sachverständigen der Welt, soweit sie nicht unter fremdem Einfluß ständen, erklärt hätten, daß die kämpfenden Heere den Krieg nicht zur Entscheidung bringen würden. Auch das Eingreifen Amerikas könne diese Tatsache nicht ändern. Amerika werde niemals imstande sein, eine Truppenmasse nach Europa zu entsenden, die dort den Ausschlag geben könnte. Aus den englischen Verlautbarungen gehe hervor, daß ein eventueller Transport von 20 bis 30 000 Mann in vier bis sechs Tagen aufgegeben sein würde. Es sei freudig, trotz dieser Erkenntnis den Krieg fortzusetzen. Warum die jetzigen Machthaber Amerika in den Krieg getrieben hätten, sei seiner Ansicht nach nicht ersichtlich. Sie würden die Verantwortung dafür zu tragen haben. Pflicht eines jeden Friedensanhängers aber sei es, mit allen Mitteln für den Frieden zu kämpfen.

B.T.B. Buenos Aires, 21. Sept. (Neuter.) Der Senat beschloß beinahe einstimmig den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland. Die Entschließung wird jetzt der Deputiertenkammer vorgelegt werden. Die öffentliche Meinung ist stark zugunsten ihrer endgültigen Annahme. (Eine Bestätigung dieser Neutermeldung liegt amtlich bereits nicht vor.)

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 21. September.

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin Luise traf am 19. d. Mts. von Schloß Mainau zu mehrtägigem Aufenthalt in Schloß Baden ein.

Zeichnungen auf die 7. Kriegsanleihe.

Die Stadtgemeinde Heidelberg hat wieder 1 Million Mark zur Kriegsanleihe gezeichnet, der Kreisauschuß Heidelberg 100 000 Mark.

Angemessenheitspreise für Wein der Ernte 1917 in Baden. Die Vertretungen des badischen Weinbaus haben im Benehmen mit dem Landespreiskomitee auf Grund eines in Offenbürg am 6. September 1917 gefassten Beschlusses und nach Einholung von zahlreichen Gutachten der Rebbauren folgende Angemessenheitspreise in Mark für das Fekstolter festgesetzt: 1. Seegengegend Weizen 200—220, Rotwein 250—300; 2. Oberes Rheintal Weizen 200—220, Rotwein 250—300; 3. Markgräflerregion Weizen 300—350, Rotwein 350—400; 4. Kaiserstuhl Weizen 280—380, Rotwein 370—400; 5. Breisgau Weizen 200—300, 320—350; 6. Ortenau und Bühler Gegend Weizen 300—375, Rotwein 480—500; 7. Kraichgau und Neckargegend Weizen 280—330, Rotwein 350—400; 8. Bergstraße Weizen 280—350, Rotwein 350—400; 9. Main- und Tauberregion Weizen 200—250, Rotwein 250—300; Amerikaner 150—200. Die Preise gelten für gute, mittlere Lagen und Qualitäten, bei minderen Lagen sind sie entsprechend niedriger, bei besonders guten Qualitäten entsprechend höher.

B.C. Radolfzell, 20. Sept. Eine hier abgehaltene Bezirksversammlung des Oberbadischen Zeitungsbereitungsvereins, dem 32 Verlage angeschlossen sind, nahm zur Gasversorgung eine Entschließung an, in der die erlassenen Vorschriften über eine Einschränkung des Gasverbrauchs als eine große Gefahr für das Zeitungsgewerbe bezeichnet werden. Eine 20-Prozentige Einschränkung im Gasverbrauch müßte das weitere Erhalten der Zeitungen in dem bereits stark reduzierten Umfang in Frage stellen. Dann gab die Versammlung der sicheren Erwartung Ausdruck, daß bei der beabsichtigten Zusammenlegung der Druckereibetriebe die Selbständigkeit der Zeitungsdruckereien nicht bedroht werde.

B.C. Konstanz, 20. Sept. Mit dem fahrplanmäßigen Schweißzug trafen gestern wieder 200 bisher in der Schweiz internierte deutsche Soldaten und 150 Offiziere hier ein.

Aus der Festsitzung.

Den Heldentod fürs Vaterland starb Gebr. Friedrich Leibold, Betriebsbeamter der Firma G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag. Er war früher längere Zeit hindurch als Redakteur an der „Karlsruher Zeitung“ tätig und hat sich in dieser Stellung durch seine Pflichttreue, Intelligenz und Arbeitsfreudigkeit ein ehrenvolles Gedenken gesichert. Seit Kriegsbeginn als Wehrmann im Felde stehend, wurde er schon im vorigen Jahr durch die Verleihung der badischen silbernen Verdienstmedaille und des Eisernen Kreuzes 2. Klasse ausgezeichnet.

Grossherzogliches Hoftheater. Eine neue Musik zu Shakespeares „Wie es Euch gefällt“ wurde bei der letzten Aufführung des Lustspiels am hiesigen Hoftheater zum erstenmal gespielt. Sie stammt aus der Feder des ersten Kapellmeisters

der Lübecker Oper, Hans Hermann Wegler und zeichnet sich durch Originalität, Schwung und Klangfülle aus. Das Hauptstück der Partitur ist eine großangelegte Ouvertüre, die mit ihrer feinen Melodie wohl schnell den Weg auch in den Konzertsaal finden wird. Auch die übrigen Stücke: Zwischenstücke, Tänze und Gesänge weisen einen anmutigen, poetischen Charakter auf.

Neueste Drahtnachrichten.

W.F.A. Großes Hauptquartier, 21. Sept., vormittags. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht Die unter Führung des Generals der Inf. Sixt von Armin kämpfenden Truppen der vierten Armee haben den ersten Tag der dritten Schlacht in Flandern erfolgreich bestanden.

Deutete bereits die Feuerwirkung der letzten Tage auf eine große Kraftanspannung der Engländer hin, so bil-

dete doch der Einsatz und die Zusammenfassung der am 20. September vom Feinde verwendeten Kampfmittel auf einer Front von rund 12 Kilometer ein Höchstmaß. Hinter der gewaltigen Welle stärksten Trommelfeuers aus Geschützen und Minenwerfern aller Kaliber traten morgens im engen Angriffsstreifen zwischen Langemark und Hollebeke mindestens 9 britische Divisionen, dabei mehrere australische, vielfach durch Panzerkraftwagen und Flammenwerfer unterstützt, zum Sturm an.

Der Angriff führte den Feind nach hin- und herwogendem Kampf bis zu 1 Kilometer Tiefe in unsere Abwehrzone hinein. Auf Paschendale und Gheluvelt zu drang der Gegner zeitweise weiter vor.

Westlich von Paschendale drängte ihn unser Gegenangriff zurück. Nördlich der Straße Menin-Ypern blieb ein Teil des Geländes in seiner Hand. In allen anderen Abschnitten des Schlachtfeldes wurden die Engländer unter schwersten Verlusten bis zum späten Nach-

mittag durch zähes, heldenmütiges Ringen unserer Truppen in das Trichterfeld unseres Kampffreieins zurückgeworfen, über das hinaus abends neue ins Feuer geführte Verstärkungen des Feindes nicht mehr an Boden zu gewinnen vermochten. Die in der Kampfzone liegenden Ortschaften sind sämtlich in unserem Besitz.

Heute morgen haben die Engländer den Kampf bisher nicht wieder aufgenommen. Wie in den früheren Schlachten in Flandern haben Führung und Truppen das Höchste geleistet.

Bei den anderen Armeen der Westfront, im Osten und auf dem Balkan keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister: **L u d e n d o r f f.**

Verantwortlich für den Staatsanzeiger und den redaktionellen Teil: Hauptschriftleiter **E. A m e n d** in Karlsruhe. Druck und Verlag: **G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.**

Gedenket der Kriegsgefangenen!

Am 26. Juli fiel bei einem Sturmangriff

Herr Otto Mutter

Leutnant der Reserve
Ritter d. Eisernen Kreuzes u. d.
Zähringer Löwen-Ordens II. Kl. mit Schwertern.

Während seiner Lehrtätigkeit an der Oberrealschule hatte er sich durch seine bescheidene Tüchtigkeit die Zuneigung aller Amtsgenossen erworben; einberufen, wurde er schnell ein musterhafter Soldat und Offizier.

„Ehre seinem Andenken!“

Baden, den 20. September 1917.

E.324 Die Lehrer der Oberrealschule.

Groß. Hoftheater Karlsruhe.

Spielplan.

Sa. 22., C. 4: „Agnes Bernauer“, 7-10 (4 M.). — So. 23., B. 4.: „Tiefenland“, 7-10 (4 M. 50 Pf.). — Mo. 24., A. 4.: „Schwarzfünfer“, 1/8-10 (4 M.). — Di. 25., C. 5.: „Die große Leidenschaft“, 1/8-10 (4 M.). — Mi. 26., im Konzertsaal: I. Sinfoniekonzert des Großh. Hoforchesters. Solist: Professor Paul Grümmer an der I. u. I. Musikakademie in Wien (Violoncello). — Vortragsfolge: Ouvertüre zu Turhanthe von Weber; Konzertstück f. Violoncello v. Brandes-Buchs; vierte Sinfonie D-moll von Schumann; Sarabande und Präludium für Violoncello von Bach; Fünftesitea von Hugo Wolf. 8 bis gegen 10. (1-4 M.). — Do. 27., B. 6.: „Der Evangelist“, 1/7 bis geg. 10 (4 M. 50 Pf.). — Sa. 29., II. Sondervorstellung (erste Vorstellung mit Platzmiete für Schüler) „Brigitte Friedrich von Homburg“, 7-10 (3 M.). (Auch beim Einzelbesuch werden Schülern besondere Vergünstigungen gewährt). — So. 30., im Hoftheater abends 1/6 Uhr: III. Sondervorstellung: „Die Walfäre“, Ende 10 (4 M. 50 Pf.). — Vorverkauf für Platzmiete: Mo. 24. vorm. 10-12; allgemeiner Vorverkauf am: Do. 24. nachm. 3 Uhr an; im Konzertsaal, abends 7 Uhr: „Heimat“ (zu Sudermanns 60. Geburtstag) 1-3 M. — Mo. 1., Okt. C. 6.: Neueinstudiert: „Jugendfreunde“, 1/8-10 (4 M.).

In Baden-Baden:
Mi. 26., I. Sondervorst. Zum erstenmal: „Schwarzfünfer“, 7-10.

Konzerthaus

Dienstag, den 25. Sept. 1917, punkt abends 8 1/2 Uhr

Vaterländ. Feier des Garnisonkommandos und des Ausschusses zur Veranstaltung vaterländischer Volksfeiern, Karlsruhe:

Die „Befreiungskriege“

Mitwirkende:
Ansprache: Herr Pfarrer Fr. Hindenlang,
Gesang: Herr Kammeränger Max Büttner,
Rezitation: Herr Hofschausp. F. Baumbach,
Klavier: Herr Bruno Stürmer, Karlsruhe,
Orchester: Die verstärkte Kapelle des I. Ers.-Batt. I. Bad. Leib-Grenad.-Regt. 109.
Musikleiter: Herr Oskar Lucas, Karlsruhe.

Eintritt frei.

Sämtliche Einlaßkarten für den freien Eintritt werden im Rathaus durch den Pförtner verausgabt.

Ausgenommen ist eine beschränkte Zahl von Eintrittskarten, die zu Mark 2.10 im Vorverkauf zu haben sind in der Kaiserstraße 159 Hofmusikalienhandl. **Fr. Doert** (Eing. Ritterstr.)

Das Auswechseln **kupferner** Blitzableiter, Dachrinnen und Dacheinbände

besorgt in fachgemäßer Ausführung zu Tagespreisen

Friedrich Maeyer
Baublecherei
Karlsruhe i. Bad.
Gartenstraße 8

Unsere Wohltätigkeits-Einrichtungen

(Badische Geldeinzahlungsstelle für Kriegsgefangene
Briefvermittlungs- u. Auskunftsstelle :: Kriegsschreibe- u. Packstube)

sind vom 21. d. M. an für das Publikum ununterbrochen von 9 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags geöffnet

Nachrichtenbüro für das neutrale Ausland unter dem Schutze des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz

Karlsruhe i. B., Zähringerstr. 98 pt. und Nebenstelle Kaiserstr. 100

Fernruf: Rathauszentrale unter 2350 E.317

Liefert Gold ab!

Goldankaufstelle Karlsruhe
Stefanienstraße 28

Offen zur Goldabgabe: Montag von 10-12 1/2 Uhr
Offen zur Auszahlung: Mittwoch von 10-12 1/2 Uhr

Goldankaufnebenstellen:
Bretten · Bruchsal · Durlach · Ettlingen

Bürgerliche Rechtspflege
a. Streitige Gerichtsbarkeit.

8.772. Heidelberg. Über das Nachlassvermögen der am 8. April 1916 zu Heidelberg verstorbenen Marie Bachs Witwe, verwitwete Baronin von Müller, geb. von Rüden, ist heute, am 19. September 1917, vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Beisitzer Bellbrod in Heidelberg ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 11. Oktober 1917 bei dem Gericht anzumelden. Es ist zur Beschlußfassung über die Verhinderung des ernannten oder die Wahl eines andern Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 192 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, ferner zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Freitag, den 19. Oktober 1917, vormittags 9 Uhr, vor dem diesseitigen Gerichte, Zimmer Nr. 25, Termin anberaumt. Allen Parteien, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur

Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgefordert, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzuerlegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 11. Oktober 1917 Anzeige zu machen.

Heidelberg, 19. Sept. 1917.
Der Gerichtsschreiber
Großh. Amtsgerichts I.

8.773. Pforzheim. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Jakob Gecht, Möbelhandlung in Pforzheim, ist Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen bestimmt auf:

Samstag, 13. Oktober 1917, vormittags 10 1/2 Uhr, vor Großh. Amtsgericht Pforzheim, II. Stock, Zimmer Nr. 19.

Pforzheim, 17. Sept. 1917.
Gerichtsschreiber
Großh. Amtsgerichts A. 3.

Bei unterzeichnetem Notariate ist sofort eine **Rangleihilfenstelle** mit einer Jahresvergütung von 1000 M. und etwa 25 M. Zustellungsgebühren zu besetzen.

Bewerberungen wollen unter Vorlage von Dienstzeugnissen, bezirksärztlichem Gesundheitszeugnis und Lebenslauf umgehend eingereicht werden.

Langenbrüden, 19. Sept. 1917.
Großh. Notariat.

Bekanntmachung.
Die Stelle des Raminfegers für den Kreisbezirk Staufen ist erledigt. Bewerberungen um die bezeichnete Stelle sind daselbst bei uns schriftlich bis 1. November d. J. einzureichen. Gleichzeitig sind die in § 3 der Raminfegerordnung vom 29. November 1887 erwähnten Angaben und Nachweise beizufügen.

Staufen, 18. Sept. 1917.
Großh. Bezirksamt.

Güterverkehr der badisch-schweizer Übergangsstationen mit der Schweiz.

Am 1. Oktober 1917 tritt zum gemeinsamen schweizer. Ausnahmetarif Nr. 6 für Getreide usw. der I. Nachtrag in Kraft. 8.769

Karlsruhe, 19. Sept. 1917.
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Rhein-Main-Umschlagverkehr zwischen Oesterreich und Belgisch-Holland.

Mit Ablauf des 30. Nov. 1917 treten die Ausnahmetarife 93 (Eisen und Stahl usw.) und 102 (Kabel zu elektrischen Leitungen) ohne Ersatz außer Kraft. 8.768

Karlsruhe, 19. Sept. 1917.
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz.

57. Dankagung.
(Schluß.)

An Spenden für das Rote Kreuz sind aus der Stadt Karlsruhe bei unserer Kassenverwaltung vom 1. bis 31. August weiter abgeliefert worden durch das Bankhaus Reit & Homburger folgende Monatsbeiträge und w. Gaben von: Rautat Bischoff 100, Red.-Rat Dr. Gutmann 50, Frau Elisabeth Becker 100, Oberbaurat Raecher 30, Dr. Theob. Homburger 25, Geh. Rat Feset 50, Geh. Fin.-Rat Elstäter 50, Dr. Paul Homburger 500; durch das Bankhaus Straus & Co. monatl. Gaben von: M. A. Straus (f. Liebesgaben) 100, Dr. W. Straus 100, Frau Veria Gutmann, Wwe. 25, Geh. Oberfin.-Rat Elbs 30; durch das Bankhaus Gsch von: A. G. S.; durch die Badische Bank von: Graf Friedrich Douglas 300, Deutsch-Osterr. Alpenverein, Sekt. Karlsruhe 150, Frau Major Klara Hauser 30, Fr. M. Schindler 1.75; aus Sammelbüchern von: Hofl. Wilt, Reumer 4.15, Hofl. Carl Roth 5.70, Herm. Runding 0.43, Hofl. Wilt, Nerlle 3, Schloßhotel am neuen Bahnhof 9; im ganzen bis heute 1 330 100 M. 84 Pf., darunter für den Liebesgabenfonds 289 106 M. 07 Pf.

An Naturalgaben sind an die hiesigen Lazarette weiter abgeliefert worden: Einsheim, Elf., Frau Red.-Rat Dr. Gschle, Winklerhof b. Rotenfels, Frau August Bachs

Für alle Gaben herzlichen Dank!

Opfertag: Freitag, den 28. September